

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lehrstellenangebote für schulisch schwächere Jugendliche, eingereicht von Gemeinderätin Silv O'Brien, namens der Fraktion Grüne/AL

Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Lehrstellenangebote für schulisch schwächere Jugendliche wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bericht:

Gemeinderätin Silv O'Brien, Grüne, reichte am 24. Februar 2003 namens der Fraktion Grüne/AL mit 26 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgendes Postulat ein, welches vom Grossen Gemeinderat am 2. Juni 2003 an den Stadtrat überwiesen wurde:

„Der Stadtrat wird ersucht folgende Massnahmen für schulisch schwächere SchulabgängerInnen zu prüfen.

- *Stärkere Förderung von schulisch schwächeren Jugendlichen*
- *Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen*
- *Ausgestaltung eines Drittels der städtischen Lehrstellen so, dass sie für Sek. B oder C-SchülerInnen (Real- und OberschülerInnen) geeignet sind und deren Vergabe an diese Gruppe von SchulabgängerInnen.*
- *Förderbonus für Firmen, welche Anlehr- und zusätzliche Lehrstellen auch für schulisch schwächere Jugendliche schaffen.*
- *Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerbe- und Arbeitgeberverbänden.*

Begründung:

Laut Medienberichten („60 Bewerbungen – 60 Absagen“) finden immer mehr Jugendliche keine ihren Fähigkeiten angepasste Lehrstelle mehr. Unterdessen sind längst nicht nur sprachlich benachteiligte ausländische Jugendliche davon betroffen. Die Konsequenzen einer vermehrten Jugendarbeitslosigkeit, hat für die Stadt fatale Folgen. Im Extremfall begehen Jugendliche aus Frust und Langeweile in der Stadt Vandalenakte und geraten in die Mühlen der Justiz. Zusätzliche Anstrengungen auch neue Anlehren anzubieten, würde die Motivation der Jugendlichen erhöhen und auch schulisch schwächeren SchülerInnen zumindest vorübergehend den dringend notwendigen, geschützten Rahmen geben.“

Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:

Allgemeines

Der Lehrstellenmarkt ist sehr konjunkturabhängig und kann somit der Nachfrage nicht immer genügen. Der Stadtrat wird sich in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft dafür einsetzen, geeignete Massnahmen zu treffen, um Lehrstellenmarktschwankungen auffangen und so den schwächeren Jugendlichen eine echte Chance für eine berufspraktische Ausbildung mit einem entsprechenden Attest bieten zu können.

Der Stadtrat ist weiterhin bestrebt, ein quantitativ wie qualitativ hohes Lehrstellenangebot in der Stadtverwaltung zu bieten. In einer verwaltungsinternen Lehrstellenoffensive hat er auf die Notlage im Sommer 2003 reagiert und 27 neue Lehrstellen in 11 verschiedenen Berufen geschaffen und damit mitgeholfen, den angespannten Lehrstellenmarkt zu entlasten.

Mit einer geeigneten Informationspolitik in den Schulen und im Elternhaus, getragen durch die Berufsberatung, die Lehrkräfte und die Lehrstellenanbietenden, soll der Lehrstellenmarkt mehr Transparenz erhalten und den Jugendlichen der Einstieg in die Berufsausbildung erleichtert werden.

Eine Konzentration der Kräfte aller am Lehrstellenmarkt Beteiligten ist dringend notwendig. Das neue Berufsbildungsgesetz steht am Anfang der Umsetzung in den Kantonen. Nachdem die Anlehren durch eine zweijährige berufspraktische Ausbildung mit Attest ersetzt worden sind, entstehen neue Angebote in verschiedenen Berufsbranchen. Gerade diese Angebote sind für schulisch schwächere Jugendliche geeignet. Die breitere Abstützung des Lehrlingsforums in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und dem GVW, Verband der KMU Winterthur und Umgebung, und weiteren am Lehrstellenmarkt Beteiligten ist ein grosses Anliegen des Stadtrates.

Mit der Eröffnung des Ausbildungszentrums des Schweizerischen Roten Kreuzes in Winterthur im Januar 2004 wurde auch ein zusätzliches Angebot für schulisch schwächere Jugendliche geschaffen. Das Rote Kreuz will jenen Jugendlichen eine Perspektive bieten, die keine Anschlusslösung an die obligatorische Schulzeit finden. Zu Pfleger/innen werden denn auch viele Migrantinnen und Migranten ausgebildet.

Andererseits wirken sich bildungspolitische Elemente aus. Die durch die Aufwertung verschiedener Berufslehrgänge gestiegenen Anforderungen verändern die Bewerbungschancen der Jugendlichen, die den erforderlichen Voraussetzungen nicht zu entsprechen vermögen, negativ. Zudem ist die Anspruchs- und Erwartungshaltung vieler Jugendlicher zu sehr auf „Wunschberufe“ ausgerichtet. Das führt dazu, dass beispielsweise Büroberufe (KV, Informatik) einen grossen Nachfrageüberhang zeigen, industrielle und handwerkliche Berufe hingegen Mühe bekunden, ihre Lehrstellen zu besetzen.

Stärkere Förderung von schulisch schwächeren Jugendlichen

Die Förderung von schulisch schwächeren Jugendlichen ist eine Aufgabe während der ganzen obligatorischen Schulzeit. Die verschiedenen Schulformen der Oberstufe unterstützen einen niveaugerechten Unterricht und berücksichtigen die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler in besonderem Masse. Bereits in der Oberstufe werden die Schülerinnen und Schüler auf die Berufswahl vorbereitet. Den Eltern, den Oberstufenlehrkräften

und der Berufsberatung fällt die anspruchsvolle Aufgabe der Begleitung und Beratung der Jugendlichen auf dem Weg zur Wahl eines Berufes zu.

Es gilt die Stärken und Schwächen der Jugendlichen realistisch einzuschätzen: Auf der einen Seite steht das Angebot an Lehrstellen in einer grossen Zahl von Berufen bei den Jugendlichen und Eltern in unterschiedlichem Popularitätsgrad, auf der andern Seite sind die Neigungen und Fähigkeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu beachten. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule, Berufsberatung und Lehrfirmen soll der Prozess der Berufs- und Lehrstellenwahl gefördert werden. Dies geschieht heute schon in mehreren Schulhäusern mit speziellen Berufswahltagen.

Für die schulisch schwächeren Schülerinnen und Schüler, welche nach dem Schulaustritt keine Lehrstelle gefunden haben, besteht ein breites Angebot, um sich ein weiteres Jahr auf eine Ausbildung vorzubereiten. Weitere Angebote ermöglichen den in der Berufswahl noch unentschlossenen Jugendlichen, sich vertieft der Berufsfindung zu widmen. Die Stadt Winterthur bietet drei Möglichkeiten, ein freiwilliges 10. Schuljahr zu absolvieren:

1. In der Berufswahlschule (BWS) werden die schulischen Fächer vertieft und erweitert. Zudem werden die Jugendlichen bei der Berufswahl und der Lehrstellensuche unterstützt und auf die Berufslehre vorbereitet. In verschiedenen Niveaustufen wird auf die Fähigkeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler eingegangen.
2. In der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule (HFS) werden Jahreskurse in verschiedenen Niveaustufen angeboten. Besonders für schulisch schwächere Jugendliche besteht ein breites Angebot an Fächern, die auf verschiedene Branchen abgestimmt sind. Hier wird der Schulstoff vertieft und erweitert, beispielsweise in der Vorbereitung auf Berufe des Gastgewerbes. Bei speziellen Förderklassen wird keine bestimmte Berufsrichtung behandelt. Als Schwerpunkt wird der Schulstoff gefestigt und wo möglich erweitert. Die Jugendlichen werden ebenfalls in der Berufswahl und der Lehrstellensuche unterstützt. Zusätzlich zu den Jahreskursen bietet die HFS Vorintegrations- und Integrationskurse für ausländische Jugendliche an mit dem Ziel, hauptsächlich die sprachliche Kompetenz zu fördern, um dem ordentlichen Unterricht in deutscher Sprache folgen zu können.
3. Die Werkjahrschule (WJS) besuchen Schulabgängerinnen und Schulabgänger, welche einen handwerklichen Beruf erlernen möchten. Nebst den schulischen Fächern nimmt der praktische Teil einen grossen Raum ein. Die handwerklichen Berufe werden vorgestellt und die Jugendlichen werden bei der Berufswahl und Lehrstellensuche unterstützt.

In allen drei 10. Schuljahren werden Betriebsbesichtigungen durchgeführt und die Jugendlichen können Schnupperlehren absolvieren. Die Selbstständigkeit und das Verantwortungsgefühl werden gefördert und schulische Defizite werden aufgeholt.

Die Jugendlichen werden auf die Bewerbung für eine Lehrstelle vorbereitet.

Im Schuljahr 2003/ 2004 belegen folgende Schülerinnen und Schüler einen Ausbildungsplatz in den drei 10. Schuljahren (ohne Integrations- und Vorintegrationskurse):

Schule	Schüler/innen	ohne Lösung 2001/02	ohne Lösung 2002/03
Berufswahlschule (BWS)	102	1	2
Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) Jahreskurs	219	22	11
Werkjahrschule (WJS)	58	2	3
Total:	379	25	16

Trotz des gut ausgebauten Angebots an zehnten Schuljahren besteht die Problematik einzelner Jugendlicher, die nach dem neunten oder zehnten Schuljahr keine Anschlusslösung finden oder nicht ins zehnte Schuljahr eintreten. Rund 20 Schülerinnen und Schülern pro Jahr kann der Eintritt in ein zehntes Schuljahr nicht ermöglicht werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zu grosse schulische Defizite, sprachliche Probleme und eine schlechte Sozialisierung sind einige der Gründe, die zu Schwierigkeiten führen.

Die Stadt Winterthur stellt auch für diese Jugendlichen Brückenangebote zur Verfügung.

1. „Transit“

Das Angebot des Motivationssemesters „Transit“ der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte bietet den Jugendlichen mit vorwiegend schwierigen Lebensumständen folgende Angebote:

- Basisintegrationskurs (BIK) für Migranten und Migrantinnen ohne Beschäftigung (12 Plätze)
- Transit für Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Lehrstelle (44 Plätze)
- Transit Berufspraktikum für motivierte Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf Lehrstellensuche (8 Plätze, ab Sommer 2004 20 Plätze)
- Intermezzo für Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Beschäftigung (12 Plätze)
- Transit Plus begleitete Anlehre als Küchenassistentin, Servicegehilfin oder Hotelangestellte (8 Plätze)

Pro Jahr stehen auf diesem Weg 96 Jahresplätze für Jugendliche zur Verfügung.

2. „Jump/Jumpina“

Jump/Jumpina ist ein ambulantes, sozialpädagogisches Angebot für gefährdete weibliche und männliche 13 - 18- jährige Jugendliche an der Schnittstelle Schule, Ausbildungs- und Erwerbsleben (ca. 25 Plätze). Das Angebot will folgende Hauptziele erreichen:

- Erarbeiten von konkreten Lösungen zur Integration ins Ausbildungs- und Erwerbsleben
- Verminderung der Gefahr einer vorzeitigen Ausschulung

Um dies zu erreichen, werden mit den Jugendlichen individuelle Teilziele und entsprechende Massnahmen zu deren Erreichung festgelegt. Die Angebote umfassen:

- Beratung bei persönlichen und sozialen Schwierigkeiten
- Unterstützung bei der Job-/Lehrstellensuche oder bei der Suche nach Zwischenlösungen nach der Schule
- Vermittlung von niederschwelligem Unterricht zur Aufarbeitung schulischer Defizite
- Mediation bei Konflikten in Schule, Familie, Ausbildung etc.
- Training zur Förderung sozialer Kompetenzen
- Vermittlungs- und Koordinationsangebote mit involvierten Fachstellen

Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen

Die Stadtverwaltung bietet aktuell 390 Ausbildungsplätze an, aufgeteilt auf die Bereiche Metallarbeiterschule (206), Schule für Pflegeberufe (61) und Verwaltung/Betriebe (123). In diesen Zahlen nicht berücksichtigt sind rund 80 Praktika-Verhältnisse.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen bezogen auf die Berufe nach Berufsbildungsgesetz (ohne msw-winterthur) hat innerhalb der Stadtverwaltung in den letzten zehn Jahren von 49 auf 123 Lehrverhältnisse um über 250 % markant zugenommen. Dies ist klar gegenläufig zur allgemeinen Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt. Es werden beispielsweise 11 Betriebspraktiker/innen ausgebildet. Diese Berufsleute sind Angestellte von Gemeinden und Grossbetrieben, zu deren Aufgaben verschiedene Unterhalts- und Wartungsarbeiten an Gebäuden und Infrastrukturanlagen gehören. Die Ausbildung richtet sich vor allem an Sekundarschule (Sek) B und C Schüler/innen. Mit der revidierten Bundesverfassung wurde dem Bund neu die Kompetenz über die Berufsbildung in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst übertragen. Der Bereich Alter und Pflege hat darauf umgehend reagiert und bietet gegenwärtig 13 Plätze an für die beiden neu geschaffenen Berufsbilder Fachangestellte/r Gesundheit und Soziale Lehre Betagtenbetreuung. Die Umsetzung der Reform der kaufmännischen Grundausbildung bringt den Betrieben einiges an Mehrarbeit. Viele Betriebe sind zurückhaltend bei der Neubesetzung von Lehrstellen. Die Stadtverwaltung hat ihr Angebot an KV-Ausbildungsplätzen auf 48 weiter ausgebaut. Die msw-winterthur wird nach Fertigstellung des Neubaus das Lehrstellenangebot stufenweise von 206 auf 240 Ausbildungsplätze für Sek. A und gute Sek. B Abgängerinnen und –abgänger erweitern.

Der Stadtrat hat auf Sommer 2003 kurzfristig zusätzlich 27 Ausbildungsplätze geschaffen und damit auf die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt reagiert. Gleichzeitig hat er an die privaten Unternehmen appelliert, sich ebenfalls für die Lehrstellenschaffung zu engagieren. 23 der neuen Lehrstellen konnten besetzt werden. Zwei Praktikumsplätze sowie zwei Anlehrplätze Küche und Unterhaltsgärtner/in blieben jedoch unbesetzt. Dies obwohl die Stellen in den dafür geeigneten Organen ausgeschrieben worden waren und sie sich speziell für schulisch schwächere Jugendliche geeignet hätten.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit der beschlossenen Massnahme einer wichtigen Forderung des Postulats entsprochen wird. Eine weitere Erhöhung des Ausbildungsangebotes verlangt vor allem geeignete Arbeitsplätze mit entsprechenden Aufgaben, sichergestellte optimale Ausbildungsbetreuung durch Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie finanzielle Mittel. Die Kapazitäten sind jedoch nicht unbegrenzt; räumliche, personelle und finanzielle Rahmenbedingungen setzen Grenzen. Dennoch prüft der Stadtrat auch dieses Jahr die weitere Erhöhung der Lehrverhältnisse. Ende Mai liegen jeweils die Ergebnisse der jährlichen Erhebung vor, aus der ersichtlich wird, wie viele Schulabgänger/innen über keine Anschlusslösung verfügen.

Ausgestaltung eines Drittels der städtischen Lehrstellen so, dass sie für Sek. B oder C-SchülerInnen (Real- und OberschülerInnen) geeignet sind und deren Vergabe an diese Gruppe von SchulabgängerInnen.

Von den 123 besetzten Lehrstellen sind deren 80 in Bezug auf die schulischen Anforderungen für Sek. B oder C geeignet. Die Vergabe dieser Ausbildungsplätze erfolgte in 62 Fällen an Jugendliche mit abgeschlossener Volksschule Sek. B oder Sek. C. Erfahrungen zeigen, dass Sek. C SchülerInnen in den meisten angebotenen Berufslehren nicht berücksichtigt werden können, da sie den schulischen Anforderungen nicht genügen. Die Stadtverwaltung bietet nur einige wenige Lehrberufe an, bei welchen ausschliesslich die höchste Volks-

schulstufe (Sek. A) vorausgesetzt wird. Es handelt sich dabei um die Berufe Geomatiker/in, Informatiker/in, Informations- und Dokumentationsassistent/in und Kauffrau/Kaufmann Profil E/M. Im kaufmännischen Bereich wurde seit je mindestens 1/3 der KV-Ausbildungsplätze an Bürolehrlinge vergeben. Zusätzlich erhielten diese immer auch einen Platz für die Zusatzlehre zugesichert. Mit der Reform der kaufmännischen Grundbildung verschwindet die Bürolehre. An ihrer Stelle wurde das Profil B geschaffen. Obwohl im Zuge der Reform die Anforderungen gestiegen sind, wird daran festgehalten, dass 30 bis 40 % der KV-Lernenden aus der Sek. B rekrutiert werden.

Der Stadtrat darf feststellen, dass die Vergabe der Ausbildungsplätze zu rund der Hälfte an Sek. B und C-Schüler/innen erfolgt.

Förderbonus für Firmen, welche Anlehr- und zusätzliche Lehrstellen auch für schulisch schwächere Jugendliche schaffen.

Das Duale- oder Triale-Berufsausbildungssystem hat sich in der Schweiz bestens bewährt. Die Volksinitiative „für ein ausreichendes Berufsbilungsangebot (Lehrstellen-Initiative)“ im Mai 2003 verlangte: Das Recht auf eine ausreichende berufliche Ausbildung wird in die Bundesverfassung aufgenommen. Wenn die Wirtschaft nicht genügend Lehrstellen bereitstellt, sollen Bund und Kantone einspringen und Berufsbildungsmöglichkeiten anbieten. Die Ausgaben würden über einen allgemeinen Berufsbildungsfonds finanziert. In diesen Fonds hätten alle Arbeitgeber Beiträge einzuzahlen. Dabei wäre zu berücksichtigen, ob sie Lehrstellen anbieten oder nicht. Der Bund hätte die Mittel an die Kantone zu verteilen.“ Nach dem deutlichen „Nein“ von 68,4 % in der Volksabstimmung ist ein weitergehendes Engagement in der Berufsausbildung der Gemeinden und der Kantone nur beschränkt möglich. Die finanzielle Ausgangslage der Stadt Winterthur lässt keinen grossen Spielraum für die Vergabe eines Förderbonus an Firmen zu, welche zusätzliche Lehrstellen auch für schulisch schwächere Jugendliche schaffen.

Der Stadtrat hat nach Möglichkeiten zur Unterstützung von Firmen, die Berufsausbildungsplätze anbieten, gesucht und solche auch gefunden. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Privatwirtschaft hat der Stadtrat bereits ein Zeichen gesetzt:

Firmen, welche Anlehren und Lehrstellen für Jugendliche anbieten, werden im Eignungs- und Zuschlags-Kriterienkatalog mit einer 10 %-igen Wertung berücksichtigt. Damit werden Firmen, die Berufsausbildungsplätze anbieten bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt.

Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerbe- und Arbeitgeberverbänden

Der Stadtrat entschloss sich im März 2004 zu einem Beitritt in das Lehrlingsforum Winterthur mit dem Ziel, eine engere Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft zu fördern. Die Stadt Winterthur ist mit Lehrkräften aus den einzelnen Schulkreisen, der Berufsberatung, den zehnten Schuljahren, der KAP, dem Personalamt und der msw-winterthur im Verein „Lehrlingsforum Winterthur“ vertreten.

Das Lehrlingsforum beschäftigt sich aktiv mit der Schnittstelle zwischen Schule und Berufslehre. An Informationsabenden und Anlässen, die der Berufswahl dienen, fördert das Forum den Eintritt der Jugendlichen in eine Berufslehre.

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte stehen im Vordergrund:

- Koordination der Berufswahlaktivitäten
- Förderung des Dialogs zwischen den Lehrkräften und den Lehrstellenanbietenden

- Information der Eltern und Schülerinnen und Schüler über den Lehrstellenmarkt
- Organisation von Berufswahltagen

Gegenwärtig werden Verhandlungen mit der Handelskammer Winterthur (HAW) und dem GVW, Verband der KMU Winterthur und Umgebung, betreffend Einsitznahme im Lehrlingsforum geführt.

Ein weitergehender Dialog findet in der unter der Leitung des Stadtrates tagenden „Arbeitsmarktkommission“ mit der Privatwirtschaft und dem Arbeitsamt statt. Neben der Arbeitsmarktsituation wird auch die Entwicklung des Lehrstellenangebots diskutiert und Massnahmen entwickelt.

Die Lehrstellensituation kann nicht isoliert als kurzfristig vom Staat oder der Wirtschaft zu lösendes Problem betrachtet werden, sondern sie ist in einem grösseren, auch gesellschaftspolitischen Rahmen zu sehen. Einerseits funktioniert der Arbeitsmarkt gemäss Angebot und Nachfrage. Dies gilt auch für den Lehrstellenmarkt. In den letzten beiden Jahrzehnten griff aber der Staat immer wieder in den Markt für die berufliche Grundbildung (Lehrstellenbeschlüsse I und II) ein. Die Logik der freien Wirtschaft erlaubt es nicht, Voraussagen über deren Entwicklung zu machen. Ebenso schwierig ist es für die Berufsbildung, optimal und bedarfsgerecht für eine zukünftige Wirtschaftssituation auszubilden. Konjunkturelle Schwankungen wirken sich auf das Lehrstellenangebot aus und beeinflussen das Berufsbildungssystem. Ebenso wirken sich Schwankungen bei der Zahl der Schulabgänger/innen und gesellschaftliche Trends auf die Nachfrage aus. Der Stadtrat ist unabhängig davon bemüht, den ihm möglichen Beitrag zu leisten, damit möglichst auch schulisch schwächere Jugendliche hinreichende Berufsperspektiven erhalten.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Kulturelles und Dienste übertragen

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder